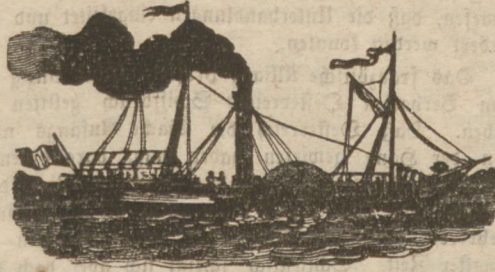


Danziger Dampfboot.

№ 82.

Sonnabend, den 6. April.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Metemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Büreau

In Leipzig: Eugen Fort. G. Engler's Annonc.-Büreau,

In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau,

In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:

Saasestein & Bogler.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Stiefge auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Florenz, Donnerstag 4. April.

Baron Ricasoli hat die Kammer benachrichtigt, daß das Ministerium seine Demission gegeben, und daß der König dieselbe angenommen habe. — Wie gerichtlich verlautet, wäre General Menabrea mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt.

Haag, Freitag 5. April.

Die niederländische Regierung hat Preußen amtlich eröffnet, ein Vertrag wegen eines Verkaufs von Luxemburg an Frankreich sei nicht abgeschlossen und solle auch ohne Zustimmung Preußens nicht abgeschlossen werden.

— In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer interpellirte Thorbecke die Regierung über die Erklärung des Grafen v. Bismarck, daß Holland in der luxemburgischen Angelegenheit seine gute Dienste angeboten habe. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiederte, es hätten eigentlich keine Unterhandlungen bezüglich Luxemburgs stattgefunden, sondern nur Besprechungen; Holland sei unbestreitbar bei der Frage interessiert. Indem Holland seine Vermittelung anbot, habe es keine Verantwortlichkeit übernehmen wollen. Der Minister äußerte sich demnächst dahin, daß in Gemäßheit der Erklärung des Grafen v. Bismarck jedes Band zwischen Limburg und Deutschland aufgehört habe zu existiren, und fügte hinzu, daß die Regierung sich fortan jeder Einmischung in die luxemburgische Angelegenheit enthalten werde.

Paris, Donnerstag 4. April.

Der heutige „Abendmoniteur“ sagt, Frankreich habe Deutschland und besonders Preußen stets seine Sympathie bewiesen, und berechtige dies Frankreich, volle Gegenseitigkeit zu erwarten. Der Graf Bismarck habe dies vollkommen begriffen. — Der bisherige Vicepräsident des gesetzgebenden Körpers, Schneider, ist zum Präsidenten desselben ernannt worden.

— Freitag 5. April. Der „Standard“ meldet, es würde mit Nächstem ein großer Theil der Armee mit Chassepot'schen Gewehren versehen sein.

London, Freitag 5. April.

(Budgetvorlage.) Die Einnahmen übersteigen den Voranschlag um 2,421,000 Pfd. Die Ausgaben blieben um eine Million hinter den Voranschlägen zurück. Den diesjährigen Ueberschuß veranschlagt Disraeli auf 1,206,000 Pfd., der, außer einem Reservefonds von 246,000 Pfd., zur Schuldentilgung und zur Herabsetzung der Schiffs-Versicherungs- und Zinsen verwendet werden soll.

— In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde das Budget nach geringen Einwendungen genehmigt. Gladstone billigte dasselbe, die meisten Morgenblätter gleichfalls. Stanley forderte kategorisch von Spanien die Herausgabe des widerrechtlich abgefangenen englischen Küstenschiffes „Victoria“ nebst Schadenersatz und Abbitte.

New York, Donnerstag 4. April.

Aus Washington wird gemeldet, daß Kaiser Maximilian ohne Kommunikation sich in Queretaro aufhält.

Norddeutscher Reichstag.

27. Plenar-Sitzung. Freitag, 5. April.

Am Tisch der Bundeskommissarien v. Noon, General v. Poddjelski. In der Hofloge der Kronprinz, die Großherzogin von Baden, Prinz und Prinzessin Karl, Prinz Albrecht, Prinz Nikolaus von Nassau etc. — Das Haus tritt in die Spezialdiskussion des Abschnitts XI. (Bundesgesetzwesen.) — Art. 53 lautet: „Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.“ — Die Abgg. v. Kößing und

Erleben beantragen, den Art. 53 zu streichen und hinter Art. 54 einen neuen Artikel einzuschalten, welcher den Art. 53 und den wesentlichen Inhalt des Bundesgesetzlichen Amendements aufnimmt. — Die Abgg. Duncker (Berlin), Waldeck und Genossen beantragen, unter Streichung des Art. 55 (welcher die Zeit der Dienstpflicht feststellt) den Art. 53 folgendermaßen zu fassen: „Der Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt ein Bundesgesetz. Der Entwurf eines solchen ist dem ersten verfassungsmäßigen Reichstag vorzulegen. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes gelten für den ganzen Umfang des Bundes die Bestimmungen des preussischen Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. Septbr. 1814.“ — Abg. Casler befürwortet das von den National-Liberalen vorgeschlagene Interimistikum, indem er sich gegen die Amendements der Linken und der Altliberalen erklärt. Er wolle nicht am Bestande der Armee-Organisation rütteln, doch wolle er die Zukunft retten, das heißt nach Ablauf des Interimistikums dem Reichstag die Entscheidung auch über das Militärbudget wahren. Wer dies nicht wolle, strebe die Diktatur an und gebe das Verfassungsrecht auf. — Abg. v. Kößing für sein Amendement. — Abg. Dr. Zacharia für die Vorlage, weil er das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht billigt. Er nimmt die Rechte der ehemals Reichsunmittelbaren (u. A. Befreiung von der Dienstpflicht) in Schutz, will keinen Antrag stellen, wünscht aber in diesem Punkte eine Erklärung der Bundeskommissare. — Abg. Ahlmann für das von ihm und Krüger gestellte Amendement, welches Befreiung der Nordschleswiger (bis zur Entscheidung durch die allgemeine Abstimmung) von der Wehrpflicht verlangt. Der Redner berührt die Vorgänge bei der Kontrollverammlung in Nordschleswig und wird von der Rechten und dem Präsidenten fortwährend unterbrochen mit den Rufen: „Zur Sache!“ Als dann der Abg. Ahlmann einen Augenblick in der Rede innehält, ertönt von der Rechten der böhmische Ruf: „Lauter!“ — Abg. Ahlmann schließt: Er mahne an den Spruch: Was du nicht willst, daß dir geschehe, das thue auch nicht Anderen an. — Bundes-Commissare v. Poddjelski erinnert dem Vordredner gegenüber an die neuliche Auslassung des Grafen Bismarck. Die Nordschleswiger sind Preußen und müssen alle Lasten der Preußen tragen. Sie werden nicht anders behandelt, als alle anderen Preußen. Wenn jemand die Auswanderung nachsucht, um sich der Dienstpflicht zu entziehen, und nicht auswandert, so wird er ausgewiesen. Dies geschieht auch in anderen preussischen Landestheilen. Was die Behandlungen der Reservisten betrifft, so zwingt die Regierung Niemanden zum Eide; dies ist auch irrelevant. Nach den preussischen Kriegs-Artikeln ist Jeder zum Gehorsam verpflichtet, er mag geschworen haben oder nicht. Die ehemals dänischen Reservisten sind jetzt preussische Reservisten. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen und wird als angenommen bezeichnet. (Widerpruch links.) — Als sich über die Fragestellung eine Debatte erhebt, zieht Abg. Duncker (Berlin) sein Amendement zurück, um es später (bei Art. 55) wieder einzubringen. Sämmtliche Amendements werden darauf abgelehnt und Art. 53 fast einstimmig angenommen. — Art. 54 wird ohne Diskussion angenommen; derselbe lautet: Die Kosten und Lasten des gesammten Kriegswesens des Bundes sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder Bevorzugungen, noch Präerabationen einzelner Staaten oder Klassen grundsätzlich zulässig sind. Wo die gleiche Verteilung der Lasten sich in natura nicht herstellen läßt, ohne die öffentliche Wohlfahrt zu schädigen, ist die Ausgleichung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit im Wege der Gesetzgebung festzustellen. — Art. 55 lautet: „Jeder wehrfähige Norddeutsche gehört sieben Jahre lang in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere und die folgenden fünf Lebensjahre hindurch der Landwehr an. In denjenigen Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesamtdienstzeit gesetzlich war, findet die allmähliche Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres zuläßt.“ — Die Abgeordneten Duncker (Berlin) und Waldeck beantragen die Streichung dieses Artikels und den oben mitgetheilten Zusatz. — Die Abgg. v. Vincke (Hagen), Graf Dyhrn und Gen. beantragen folgende Fassung des Art. 55: „Jeder wehrfähige Norddeutsche gehört 7 Jahre lang, in der Re-

gel voll vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar die ersten 3 Jahre bei den Fahnen, die letzten 4 Jahre in der Reserve — und die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr an.“ — Die Abgg. v. Fordenbeck und Gen. (Nat.-Lib.) wollen folgende Fassung des Art. 55: „Jeder wehrfähige Deutsche ist 12 Jahre hindurch, in der Regel vom vollendeten 20. Lebensjahre an dienstpflichtig. Der Dienst soll im stehenden Heere 7 Jahre, davon bei den Fahnen höchstens die ersten drei Jahre, in der Reserve vier Jahre, und in der Landwehr fünf Jahre dauern. In denjenigen Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesamtdienstzeit gesetzlich war, findet die allmähliche Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres zuläßt. In Bezug auf die Auswanderung der Reservisten sollen lediglich diejenigen Bestimmungen maßgebend sein, welche für die Auswanderung der Landwehrmänner gelten.“ — Abg. v. Fordenbeck: Die von ihm gestellten Anträge (zu Art. 55 und den folgenden Artikeln) hängen in sich zusammen und bedingen sich gegenseitig; sie beabsichtigen Kompromisse namentlich zwischen der gebietetischen Nothwendigkeit des norddeutschen Bundes und den Freiheiten des Volkes. Bei der Annahme seines Amendements sei er geneigt zur Anerkennung der Armee-Organisation, schon in Rücksicht auf die neuen Landestheile. Sein Amendement erkenne die dreijährige Präsenzzeit an und verlege die Frage der zweijährigen Dienstzeit für die zukünftige Gesetzgebung. — Abg. v. Windthorst will die Reorganisation nicht verwerfen, aber auch nicht als dauernd hinnehmen. Er befürwortet ein von seinem Freunde Kößing gestelltes Amendement, welches eine Uebergangsperiode von 3 Jahren verlangt. — Abg. Duncker wendet sich gegen die Ausführungen Caslers. Er erinnert daran, daß Casler bei Beratung des Budgets von 1867 im Abgeordnetenbaue der Waldeck'schen Resolution zugestimmt habe, welche an dem Gesetz vom 3. Sept. 1814 festhielt, als an der Norm für das Organisationsgesetz. Damals habe der Abg. v. Baerst die Resolution motivirt mit dem Hinweis auf den jetzigen Reichstag. Wenn Hr. Casler von der politischen Nothwendigkeit der Anerkennung der Reorganisation überzeugt ist, warum hat er das damals nicht ausgesprochen? (Hört, hört! links.) Neue Ereignisse sind doch seitdem nicht eingetreten, die Erfolge von 1866 lagen damals schon hinter uns. Der Umwandlungsprozeß jener Herren müsse offen vor sich gehen, vor allem Volke, damit das Volk nicht getäuscht werde und nicht an einen Abfall glaube. Er müsse ferner die Ansicht Casler's zurückweisen, daß diese Frage dem Volke schon bei den Wahlen vorgelegen habe. Das sei nicht wahr, die Verfassung war nicht bekannt. Wenn Hr. v. Fordenbeck meine, die Rücksicht auf die neuen Provinzen verpflichte zur Anerkennung der Organisation, so sei er (Redner) der umgekehrten Ansicht; er bedente sich zweimal, den neuen Provinzen Lasten ohne gesetzliche Grundlage aufzulegen. Das sei nicht die Art, Wunden zu schließen; der Art geschlossene Wunden werden zum Anbel des Vaterlandes wieder aufzubrechen. — Abg. v. Blanckenburg freut sich dieses „häuslichen Zwistes“, zu dessen Beilegung beizutragen er sich hüten werde. Zur Sache erklärt er sich für den Artikel und eventuell für das Vincke'sche Amendement. — Bundeskommissar v. Noon hält materiell jedes Amendement zu Art. 55 für überflüssig. Der Vordredner der Linken, daß die kurze und plastische Fassung des Artikels eine Falle enthalte, sei ungerechtfertigt. Wie könne man der Regierung zutrauen, daß sie bei Einführung der preussischen Militärgesetzgebung in Norddeutschland eine vier- oder fünfjährige Präsenzzeit erschleichen wolle? Falls eine Aenderung nothwendig sei, was er in dem nicht glaube, würde er sich für das Vincke'sche Amendement erklären. Gegen den Schlußsatz des Fordenbeck'schen Amendements (betr. die Auswanderung der Reservisten) habe er nichts einzuwenden. — Es sprechen über diesen Artikel noch die Abgeordneten Casler und die beiden v. Vincke. Bei der Abstimmung wird der Art. 55 mit dem Amendement v. Vincke's und dem zweiten Theil des v. Fordenbeck'schen Amendements angenommen. — Es folgt die Diskussion über Art. 56: Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt und pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt; bei wachsender Bevölkerung wird nach je zehn Jahren ein anderweitiger Prozentsatz festgesetzt werden. — Der

Reichstags-Kommissarius Hr. v. Roon entwickelte die Gründe, weshalb sich der im Art. 56 angenommene Procentsatz der Bevölkerung zur Annahme empfehle. Der Reichstags-Kommissarius, General-Major v. Podbielski, begründete die Geldleistung des Art. 58. Der Abg. v. Sybel bemerkte: wer jetzt noch die preussische Heeres-Organisation angreifen wolle, werde vom Hohn des Auslandes beehrt werden; diese Organisation habe den Reich Europa's errettet. Der Abg. v. Jordanbeck empfahl folgenden Abänderungs-Vorschlag: Art. 56 in folgender Fassung anzunehmen: Die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. Decbr. 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt. — Nach dem Abg. v. Jordanbeck ergriff das Wort der Reichstags-Kommissarius Hr. v. Roon. Derselbe führte aus, daß gerade dadurch eine große Veranschönerung begangen würde, daß man eine unzureichende Armee schaffe. Von Jahr zu Jahr die Ziffer der Präsenzstärke des Heeres festzustellen, wie es der 2te Satz des Amendements Jordanbeck vorzuschlagen scheint, erachte er für unzulässig. Der Abg. Frhr. v. Moltke erklärte und begründete sein Amendement. Der Abg. Schülze (Berlin) befürwortete die Annahme des Antrages Waldeck-Duncker (Berlin.) Schließlich wurde zu Art. 56 das Amendement des Abg. v. Jordanbeck angenommen.

Politische Rundschau.

In den letzten Wochen und namentlich seit dem Austausch der luxemburgischen Frage haben sich die politischen Constellationen Europa's in so wechselvollen Farben und Gestaltungen bewegt, daß das große Publikum, dem die Fäden der diplomatischen Schaubühne ohnehin meist nur zum geringen Theil erkennbar sind, schließlich an den Nachrichten des einen Tages irre wurde durch die Berichte, welche am folgenden eingingen.

Wenn den neuesten telegraphischen Nachrichten zufolge die luxemburgische Frage dadurch von der Tagesordnung der europäischen Diplomatie abgesetzt worden ist, daß der König der Niederlande erklärt hat, er habe den Plan, das Großherzogthum Luxemburg an Frankreich zu verkaufen, aufgegeben, so kann uns dies nimmermehr zu dem Glauben bringen, daß dadurch die Frage wirklich zu Ende sei. Wir müssen es vielmehr nur als das Ende des Anfanges der ganzen Frage betrachten, weil uns so viel klar ist, daß der Verbleib Luxemburgs bei Holland, mit dem es ohnehin nur durch Personal-Union verbunden ist, im Widerspruche steht mit der nationalen Arrondirung der Staaten, die als das Ziel aller großen Bewegungen der Gegenwart erscheint.

Nehmen wir einmal an, daß Luxemburg ein deutsches Land ist, — und das bestreitet am Ende Niemand! — dann können wir dasselbe auch nicht unter niederländischem Scepter lassen, es sei denn, daß wir das Königreich der Niederlande in seinem gegenwärtigen Bestande ebenfalls als ein deutsches Land betrachten wollen, — was es allerdings, streng genommen, auch ist, insofern die Holländer sich in Sprache, Religion und Sitte von dem Gros des norddeutschen Volkes kaum mehr unterscheiden, als es die Mecklenburger, die Schleswiger und die Ostpreußen thun.

Lassen wir also die luxemburgische Frage ruhen, indem wir zugeben, daß das deutsche Luxemburg bei Holland verbleibt, so thun wir dies nur unter der Voraussetzung, daß demnächst auch das Königreich der Niederlande in Deutschland einverleibt werden werde, — wofür nicht bloß die dem Nationalitätsprincip entnommenen, sondern auch politische Gründe sprechen, indem eine wirkliche deutsche Seemacht erst denkbar ist, wenn Holland zu Deutschland gehört.

Allerdings wird für eine solche Eventualität nichts Anderes übrig bleiben, als auch das Königreich Belgien an Frankreich fallen zu lassen, weil für diesen Anfall dieselben Gründe vorliegen, die für den Anfall Hollands an Deutschland maßgebend sein würden. Allein dies könnten wir auch unter solchen Umständen ganz unbedingt geschehen lassen, zumal sich — wenn Preußens Diplomatie geschickt operirt, — bei einem solchen Arrangement die Aussicht für uns eröffnet, auch den Elß und den rein deutschen östlichen Streifen Lothringens wiederzuerwerben.

Der ganze Verlauf der jüngsten Ereignisse macht auf uns den Eindruck, als wenn es ursprünglich in der Politik der französischen Regierung gelegen hätte, eine Allianz zwischen Oesterreich, Frankreich und Rußland gegen Preußen herbeizuführen und daß die eingeleiteten Schritte mit Holland eben nur in Aussicht einer solchen Eventualität unternommen waren. Mit dem Scheitern der luxemburgischen Frage erledigen sich natürlich in rückwärtiger Bewegung die Allianzversuche. Rußland selbst mag diesen Absichten Frankreichs Anfangs nicht fern gestanden haben. Dafür sprechen verschiedene Umstände. Wir wissen auch und legen darauf Gewicht, daß sich im Süden Europa's, an einer Stelle, wo man es nicht erwartet hätte, in jüngster Zeit ein ziemlich vertrauliches Einverständnis

zwischen dem Cabinet der Tuilerien und dem Petersburger Hofe entwickelt hat. In Rom befinden sich nämlich seit einiger Zeit die Herren Stroganow und Kapnist, letzterer ein zwar noch junger Mann, aber von diplomatischer Zukunft, welche die Aufgabe haben, einen Ausgleich zwischen dem heiligen Vater und dem Petersburger Hofe anzubahnen, was man durch Wiederherstellung der vollen päpstlichen Autorität in Polen, gegen die Verzichtleistung des Papstes auf den Schutz der polnischen Nationalinteressen, zu erreichen hofft. Die beiden russischen Diplomaten waren Sr. Heiligkeit eben nicht willkommene Gäste, und der Einwirkung französischen Einflusses ist es überhaupt nur zu danken gewesen, daß die Unterhandlungen eingeleitet und gefördert werden konnten.

Das französische Allianz-Project scheint einzig an dem Verhalten Oesterreichs Schiffbruch gelitten zu haben. Daß Oesterreich die Sache Anfangs nicht von der Hand gewiesen haben mag, darauf deuten gewisse Rücksichten hin, welche man in Wien dem Petersburger Hof zollte, namentlich die Ausweisung mehrerer polnischer Flüchtlinge aus Galizien in jüngster Zeit. Schließlich scheint sich aber doch das Wiener Cabinet nicht haben entschließen können, definitiv sich für die Allianz zu erklären, wohl hauptsächlich, weil das Aufgeben seines Einflusses im Orient die natürliche Consequenz seines Eintritts in jene Allianz gewesen sein würde. Wenn nun aber Oesterreich einerseits um diesen Preis seinen Einfluß im Orient nicht opfern und daher den Concessionen, die Frankreich an Rußland zu machen beabsichtigte, nicht beitreten wollte, so mußte es ihm andererseits darum zu thun sein, den Eintritt Preußens in diese Allianz zu verhindern. Daraus erklärt sich die Haltung der zum Theil inspirirten Presse Oesterreichs in den letzten 14 Tagen. Man verbreitete die Nachricht, daß die österreichische Regierung der preussischen ihre Unterstützung im Kriegsfall zugesagt habe. Es war aber das Gegentheil der Fall. Preußen hatte sich, wie wir jetzt sehr wohl wissen, unlängst nach Wien mit dem Bedenken gewendet, daß für Oesterreich möglicherweise nöthig werden könnte, zwischen preussischer und französischer Allianz zu wählen. Die Antwort bestand aus allgemeinen Redensarten. Um gerecht zu sein, muß man zugeben, daß Baron Deust das Ruhebedürfnis des Kaiserstaates für groß genug ansah, um, wenn er gedrängt würde, sich vielleicht für eine weniger gewagte Politik zu entscheiden, als es jede anti-preussische unter den heutigen Umständen für seinen Herrn und Kaiser sein mußte. Aber die militärische Hopsartei, deren Lösung „Revanche für Königgrätz“ ist, war noch nicht in der Lage gewesen, ihm das letzte Wort über die Cardinalfragen der kaiserlichen Politik abzutreten. Um die Schwierigkeiten Oesterreichs zu begreifen, muß man die Verhältnisse an der Donau in Erwägung ziehen, und hieraus ist klar ersichtlich, daß Oesterreich weder auf Ungarn, noch auf die anderen Donau-Völker rechnen kann; überall hofft man auf Verwicklungen und Bündnisse, die Oesterreich feindlich sind.

Zwischen diesen eigenthümlichen Verhältnissen stehend, hat Oesterreich weder einem französisch-russischen Bündnisse, noch einer preussischen Bundesgenossenschaft, die es überhaupt nie ernstlich wollte, sich anzuschließen vermocht, und seit ein paar Tagen legen die Wiener Blätter die kurze Zeit getragene Maske ab und wollen von einer preussischen Allianz Nichts mehr wissen. Im Augenblicke scheinen thatsächlich, trotz der Schwärze, die die französische Regierung in der luxemburgischen Frage davongetragen hat, die Verhältnisse auf eine russisch-französisch-preussische Entente hinzuweisen, seitdem sich Rußland in dieser Frage, vielleicht aus Revanche für die ihm von Preußen in der orientalischen Frage geleisteten Dienste, auf Seiten Preußens und Deutschlands gestellt hat. Es bleibt schließlich Frankreich, wenn es überhaupt Allianzen sucht, bei dem Bögen und der Unzuverlässigkeit Oesterreichs und dem Zusammengehen Rußlands mit Preußen Nichts als dieser Weg übrig. Welchen Inhalts die Entente zwischen den drei Mächten ist, darüber können wir natürlich Aufschlüsse nicht bringen. Jedenfalls scheinen dadurch nicht bloß die luxemburgische Frage, sondern auch die polnische und die orientalische Fragen insofern von der Tagesordnung verschwunden, als es ferner in den Händen jener drei Mächte liegt, diesen Fragen nach ihren Interessen, nach der Eifersucht, von welcher sie geleitet werden, und nach den nothwendigen Bedingungen der Sachlage Richtung und Gestaltung zu geben, ohne daß andere Mächte, dieser Vereinnung gegenüber, wesentlich Einspruch zu üben vermöchten.

In Luxemburg selbst will man von maßlosen Zornausbrüchen wissen, die im Haag erfolgt sein und sich auf electricischem Wege bis in das Regierungs-

gebäude zu Luxemburg ergossen haben sollen. Es sollen insbesondere maßlose Aeußerungen über die Agitation einer übelwollenden deutschen Presse, die dem harmlosen König-Großherzog sogar die Ordnungen seiner „Privatangelegenheiten“ mißgönne, gefallen und der niederländische Gesandte in Berlin angewiesen sein, auf die Gefahren für die europäische Ordnung aufmerksam zu machen, welche durch solche Zügellosigkeit der Tagesblätter entstehen könnten. Daß der König-Großherzog durch eine gewisse Art von schönem Geschlechte zu Ausgaben verleitet sein soll, die seine Geldmittel überfliegen, und daß derselbe dadurch in einige Verlegenheit gerathen sei, gilt in Holland für ganz zweifellos.

In Veranlassung des zwischen Dänemark und Japan abgeschlossenen Schiffahrts- und Handels-tractats werden infolge alten Herkommens zwischen den beiden Staaten Geschenke ausgewechselt werden. Dänemark soll damit den Anfang machen, und es ist der Regierung von Seiten des japanesischen Hofes zu erkennen gegeben, daß man dort nach einem sehr dicken Teppich Verlangen trage, welcher 10 bis 12 Ellen lang und 8 Ellen breit sein, so wie aus dem möglichst kostbaren Stoff verfertigt sein müsse. Ferner wünscht man in Japan eine Anzahl prächtiger Sattel. Zur Anschaffung dieser Geschenke werden 20,000 Rthlr. erforderlich sein, eine den Umständen nach billige Ausgabe, namentlich da Dänemark zur Erreichung des vortheilhaften Vertrags nicht nöthig gehabt hat, auch nur ein Kriegsschiff in die japanesischen Gewässer zu senden.

Die Abtretung des russischen Amerika an die nordamerikanische Union betrachtet man in England als eine Antwort auf die Conföderation der britisch-amerikanischen Provinzen; die Abtretung habe keinen andern Zweck, heißt es, als den werdenden Staat zu ersticken. Andererseits tritt die wohl richtigere Ansicht auf, daß der Verkauf von Rußland angeregt worden sei, welches, einem europäischen Kriege entgegengehend, bei der Absperrung seiner Flotte in der Ostsee und im Schwarzen Meere sich die Unterstützung der amerikanischen Seemacht sichern will; daß damit die Anschläge Rußlands auf die Türkei in Verbindung gebracht werden, ist selbstverständlich.

— Wie verlautet, beabsichtigt der Prinz Albalbert in Kiel dauernden Wohnsitz zu nehmen.

— Im Laufe des nächsten Monats werden fast alle preussischen Kriegsschiffe von ihren Ausflügen oder Uebungsfahrten zurückgekehrt sein, die „Vineta“ bleibt noch ein Jahr in Ostasien.

— Die Berliner Morgenzeitungen melden, daß Prinz Wilhelm von Baden sich nach Gotha begeben hat. — Der Regierungspräsident Maurach und der ehemalige hannoversche Minister Graf Münster sind in Berlin eingetroffen. — Ein Inzerat, unterzeichnet von Angerstein, Krebs, May, Steinig, ladet zu einer Volksversammlung am nächsten Sonntag zur Besprechung der luxemburgischen Frage ein. — Gestern war Soirée im königlichen Palais. — Die „Voss. Ztg.“ meldet: Die Handelskammer in Trier hat eine Vorstellung an den Handelsminister gerichtet, worin die Nachtheile einer Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich für den Handel Triers und der Umgebung dargelegt werden.

— Da die Arbeiten des Reichstages in der jüngsten Zeit einen so raschen Fortschritt genommen haben und ihrer Erledigung schnell entgegenrücken, ist Aussicht vorhanden, daß die Einberufung des Landtages zur Beschlußfassung über die norddeutsche Bundesverfassung im Mai erfolgen kann. Da jedoch inzwischen die Erweiterungsbauten im Locale des Abgeordnetenhaus begonnen haben, so wird das Abgeordnetenhaus seine Beratungen wohl nicht im gewohnten Locale abhalten können. Man ist daher schon jetzt mit der Frage beschäftigt, welche Räume für diese voraussichtlich kurze Session herzustellen sein werden.

— Die Publikation des Genossenschaftsgesetzes steht nahe bevor.

— Die „Kasseler Ztg.“ veröffentlicht nachstehenden Brief des Königs Wilhelm an einen seiner alt-preussischen Unterthanen. Abschrift: Berlin, den 20. Januar 1867. „Für drei liebe Briefe von Ihnen stehe ich in Ihrer Schuld, die mich doch sehr erfreut haben! Der erste vom 3. August, ein Glück- und Segenswunsch zum gewaltigen Siege, der vier Wochen vorher von einer unvergleichlichen Armee erfochten wurde; der zweite vom 18. October, ein Tag so vieler wichtiger Erinnerungen der preussischen Geschichte; der dritte vom 1. Januar d. J. Das alles sind Tage, die der Herr gegeben hat, und da Preußen dies erkannte, so haben sie auch Segen über Preußen gebracht. Vor Allem aber sind die Ereignisse des Jahres 1866 eine so sichtbare Führung des

Himmels gewesen, daß selbst ein Ungläubiger gläubig werden müßte! Schweren Herzens mußte ich mich endlich zu einem Kampfe entschließen, der ein Duell geblieben wäre, wenn Deutschland in seiner größeren Hälfte nicht mit Blindheit geschlagen gewesen wäre und einen Bruderkrieg aus dem Duell gemacht hätte. Viele haben diese Blindheit tief gebüßt — ich selbst muß es gestehen, daß die Verhältnisse mächtiger waren, als mein Herz und mein Charakter es fast wünschten! Wo aber nach menschlicher Anschauung die Vorsehung so deutlich eingriff und so mächtig sprach, da mußte manche frühere Rücksicht schweigen! Möge die Aufgabe, die blutige Saat zu zeitigen und dereinst reifen zu lassen, durch Gottes Segen gefördert werden, wie die Aufgabe des Schwertes! Ihr ergebener König Wilhelm. (Wegen Unwohlseins erst heute, den 30. Januar, beendet.)“

— Bekanntlich ist es in den älteren preussischen Provinzen in Folge einer Stiftung der Königin-Wittve herkömmlich, daß denjenigen Subelpaaren, welche ihre goldene Hochzeit feiern, eine Bibel mit der Namens-Inschrift der Königin-Wittve zu Theil wird; würdige und bedürftige Jubel-Ghepaare werden daneben noch mit einem Gnadengeschenke bedacht. Dieser schöne Gebrauch soll nun auf Wunsch des Königs auch in den neuerworbenen Landesstheilen eingeführt werden, und es ist von Seite des Kultus-Ministers ein bezüglicher Erlaß an die betreffenden Oberbehörden ergangen.

— Die Aufhebung der Spielbanken in den neuen Provinzen steht zwar im Princip fest, über die Modalitäten und den Zeitpunkt der Aufhebung ist aber bis jetzt noch nichts beschlossen.

— Ein Pariser Korrespondent schließt eine Betrachtung über die Pariser Industrie-Ausstellung mit folgenden, auch für andere Länder sehr beherzigenswerthen Worten: „Wenn man all diese Wunder der Kunst, der Wissenschaften, der Industrie überhaut, fragt man sich wohl, was man auszurichten vermocht hätte, wenn die 15 Milliarden (4000 Millionen Thlr.), die Frankreich für Soldaten verausgabte, deren Zahl und Ausrüstungen man jetzt als unzulänglich hinstellt, für Werke des Friedens ausgegeben worden wären.“

— Man geht mit dem Plane um, im Jahre 1876 eine Weltausstellung in Newyork zu veranstalten. Der Zeitpunkt der Eröffnung — 4. Juli 1876 — ist nicht übel gewählt, denn an jenem Tage wird die Republik den 100. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit feiern. Newyork bildet eigentlich keinen passenden Centralpunkt für eine Universal-Ausstellung; wenn aber die übrige Welt sich nicht betheiligte, könnte man eine große Heerschau dessen veranstalten, was das junge, viele seiner alten Concurrenten überflügelnde Amerika auf dem Gebiete der Kunst und Industrie leistet. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, könnte füglich die ganze Welt zur Schau und Concurrenz eingeladen werden.

— Einen Begriff von der Großartigkeit des Verkehrs in Newyork mag die Thatsache geben, daß im Jahre 1866 die dortige Post 156 Millionen Briefe beförderte und, entgegen der Absicht der Verwaltung, einen Ueberschuß von mehr als einer Million Thaler lieferte.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 6. April.

— In Folge der bedeutenden Schadenergütungen, welche von der Königl. Westpreuss. Feuer-Societät im verfloffenen Jahre an die Versicherten haben gezahlt werden müssen, ist die Direction der Societät genöthigt, einen außerordentlichen Beitrag auf Höhe einer Halbjahrsrate zu erheben.

— Am nächsten Dienstag wird die zur Prüfung des Projectes (Verlegung des Halteplatzes in Fäskenthal) ernannte Commission in der anberaumten Stadtverordneten-Versammlung ihren gutachtlichen Bericht veröffentlichen.

— Von der Rhederei der Dampfschiffahrtlinie Danzig-Neufahrwasser werden an den 7 Anlegeplätzen Zahlungs-Häuschen etablirt werden, wodurch das störende Einkassiren auf den Dampfbooten während der Fahrt aufgehoben werden soll. Hr. Zimmerstr. Krüger ist mit dem Errichten derselben beauftragt, und werden solche im Schweizerstyl ausgeführt.

— Das gestrige Gastspiel des Herrn Röckert bereitere uns durch die Aufführung des geistreichen Lustspiels von Venedig: „Das Gefängniß“, wieder einen höchst genussreichen Theater-Abend. Was wir schon in frühern Berichten über unsern ausgezeichneten Gast gesagt haben, gilt auch durchweg für die Dar-

stellung des Dr. Hagen. Die Natürlichkeit seines Spiels, das Ungefuhrte desselben, seine ausgezeichnete Mimik, sind die Hilfsquellen, deren er sich bedient und aus welchen er, alle Effecthaherei verschmähend, wie dies einem ächten Künstler ziemt, seine bedeutenden Erfolge schöpft. Es möchte sich schwerlich ein Bühnenkünstler finden, welcher im Stande wäre, der genannten Rolle mehr und interessantere Nuancen abzulauschen, als Herr Röckert. Der lebhafteste Beifall des Publikums begleitete das Spiel desselben. Die andern Mitwirkenden unterstützten unsern geehrten Gast auf das Beste. Obschon Hr. Röckert bereits einen anderweitigen Gastrollen-Cyclus contrabirt hatte und schon heute nach Hannover abzureisen gedachte, so gab er doch, da ihm unser Publikum jeden Abend in beifälligster Weise entgegenkam, gern dem allgemeinen Wunsche und der Aufforderung unserer Theater-Direction nach, indem er jene Verpflichtung auf eine spätere Zeit verschob und uns hier noch einige heitere, genussreiche Abende schaffen will.

— Zu der gestrigen Conferenz des „Allgemeinen Consum-Vereins“, die ziemlich zahlreich besucht war, lag eine Offerte auf Lieferung von Klobenholz vor, die indeß bis zu einer persönlichen Rücksprache mit dem Unternehmer vertagt wurde. Die Schnaase'sche Leihbibliothek (Waage), welche sich erboten hatte, 8 pCt. Rabatt zu gewähren, wurde in die Lieferanten-Liste aufgenommen. — Der Vorstand theilte ferner noch mit, wie weit er in der Bäckerei-Angelegenheit vorgeschritten, und beschloß man eine Anfrage an die Berliner Vereine, welche mit ihrer Vereinsbäckerei erfreuliche Fortschritte machen. Eine Mittheilung über den Stettiner Consum- und Spar-Verein, welcher im verfloffenen Jahre 38,000 Thlr. Umsatz und 2000 Thlr. Gewinn erzielte, sowie andere geschäftliche Angelegenheiten nahmen die Aufmerksamkeit der Versammlung bis gegen 10 Uhr in Anspruch.

— In Folge des gestrigen Schneesturmes und Hochwassers sind zwei Rähne mit Weizen beladen außerhalb der Schleuse von Neufähr gesunken und mehrere andere stark beschädigt worden. Der Verkauf des beschädigten Weizens findet am Montag im Pöbnißspeicher statt.

— Wir finden uns veranlaßt, wieder einmal eine schon sehr oft geführte Klage der Mehrzahl unserer Handwerker zur Sprache zu bringen, deren Berechtigung allgemein anerkannt wird, für die aber trotzdem eine Abhilfe noch nicht gefunden ist. Wir meinen die leidige Sitte des langen Kredites, den auch ganz solide und jeden Augenblick zahlungsfähigen Kunden von den für sie arbeitenden Handwerkern, namentlich Schneidern und Schuhmachern, verlangen, oder vielmehr selbstverständlich sich gewähren lassen. Die Gewohnheit, seine Schneider- und Schuster Rechnung frühestens halbjährlich, meistens sogar nur jährlich zu bezahlen, ist leider so allgemein geworden, daß der Handwerker sich nur zu oft scheuen muß, seinen durchaus zahlungsfähigen Kunden die Rechnung früher als beim Jahreschlusse zu präsentieren und um Zahlung zu bitten, selbst dann, wenn er durch diese Zögerung in die ärgste Geldverlegenheit geräth und am Sonnabende, wo er seinen Gesellen den Lohn auszahlen soll, sich das dazu erforderliche Geld von Wuchrern und zu den höchsten Wucherzinsen verschaffen muß. Die Furcht, durch eine vorzeitige Mahnung einen guten Kunden zu verlieren, ist bei dem Handwerker so groß, daß er, um einen solchen nicht zu verlieren, nur zu oft Schritte thut, die seinen finanziellen Ruin nothwendig herbeiführen müssen. Wenn der Reiche oder auch nur Wohlhabende aus leidiger Gewohnheit seine Handwerker-Rechnungen erst am Jahreschlusse bezahlt, so denkt er meistens gar nicht daran, daß er dadurch nur zu oft die von ihm beschäftigten Handwerker in die ärgste Verlegenheit bringt — ja sie ihrem wirtschaftlichen Ruine entgegenführt — während ihnen es doch ein Leichtes wäre, die gelieferten Arbeiten sofort zu bezahlen. Der arme Handwerker wartet aber geduldig — denn, wie gesagt, er fürchtet durch vorzeitiges Mahnen die Kundenschaft zu verlieren, oder scheut sich aus verkehrtem Ehrgefühl wohl gar, dem Kunden seine Geldverhältnisse offen darzulegen. Wir wenden uns deshalb an alle diejenigen zahlungsfähigen Kunden der Handwerker, welche aus Gewohnheit oder gar Nachlässigkeit ihre Rechnungen nicht stets in möglichst kürzester Frist bezahlen; sie mögen zunächst diese üble Gewohnheit ablegen; sie werden dadurch so manchen braven Bürger vom finanziellen Untergange retten.

— Zur Prüfung der Schulamts-Präparanden für das kath. Schullehrer-Seminar in Berent ist der Termin am 9. und 10. Juli c. festgesetzt.

— Die Bürgermeister-Stelle in Braunsberg mit einem jährlichen Gehalte von 1000 Thlrn. soll vom 1. Juli c. anderweitig besetzt werden.

— Bei Grunau (Eisenbahn-Station zwischen Marienburg und Elbing) ist in dieser Woche wieder ein höchst frecher Raub ausgeführt worden. Eine Bande von mehreren Personen ist Nachts in das Haus des dortigen Krügers gedrungen, hat diesen (einen bejahrten Mann) gebunden, in den Garten geschleppt und dann seiner Tochter ein Pistol auf die

Brust gesetzt, um das Geld zu erpressen. Darauf hat die Bande Risten und Kisten erbrochen und sich schließlich mit ihrer Beute, die aber nicht sehr reichlich ausgefallen zu sein scheint, entfernt.

— Für die von dem Schaafzüchter-Verein am 27. bis 29. Mai in Königsberg zu veranstaltende Schaaffschau wird die Fracht für die Schauthiere dahin ermäßigt, daß beim Hintransport der tarifmäßige Satz zu zahlen ist, der Rücktransport der unverkauft gebliebenen Thiere frachtfrei geschieht. Den Begleitern der Schauthiere wird die Benutzung der 3. Wagenklasse resp. der Viehwagen gegen Lösung eines Billets 4. Klasse gestattet.

Strasburg. Wie man hier erzählt, ist dieser Tage von drei Personen, muthmaßlich drei entsprungenen Sträflingen, zwischen Bischofswerder und Neumark im Walde ein zweispänniges Fuhrwerk geraubt worden.

Marienwerder. Nach dem Beschlusse des Turntages wird in diesem Jahre das 5. preussische Provinzial-Turnfest in unsern Mauern gefeiert werden. Vorausichtlich wird das Fest im Monat Juli, zu Anfange der Schulferien, stattfinden. Mit der Unterbringung der Gäste aber wird's vermutlich einige Haken haben.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung vom 5. April.

1) Den 14. November v. J. verließ der Diener Glaser hier selbst in Gemeinschaft mit seinem Hausknecht Joh. Carl Topki seine Wohnung, verschloß die Hausthür und übergab dem Topki den Hauschlüssel mit dem Auftrage, denselben seiner, des Glaser Ehefrau, welche sich auf dem Markte befand, zu überbringen. Topki hat diesen Auftrag jedoch gethätlich nicht ausgeführt, sondern sich in die Wohnung seiner Brodherrschafft unter Benutzung des empfangenen Hauschlüssels zurückbegeben, hier aus einer verschlossenen Kommode 30 Thlr. gestohlen und demnach die Flucht ergriffen. Topki giebt an, daß er in dem Schlosse eine Welle mit einem falschen Schlüssel gedreht und alsdann die Schublade mit Leichtigkeit habe aufziehen können, er wisse daher nicht, ob die Kommode verschlossen gewesen. Geleitet ist durch das Zeugniß des Glaser festgestellt. Die Geschworenen sprachen das Schuldig aus. Der Gerichtshof erkannte 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Polizei-Aufsicht.

2) Die unterbelehete Auguste Behrend hat im Jahre 1866 bei der Frau Fürst Aufwartedienste verrichtet und gethätlich derselben in dieser Zeit eine Summe Geld aus einem verschlossenen Spinde, welches sie durch einen falschen Schlüssel geöffnet hatte, gestohlen. Ohne Mitwirkung der Geschworenen erkannte der Gerichtshof unter Annahme mildernder Umstände 6 Monate Gefängniß, Interdiction und Polizei-Aufsicht.

3) Unter Ausschluß der Dessenlichkeit wurden wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einer Person unter 14 Jahren verurtheilt: der Knecht Joh. Baranowski mit 2 Jahren, der Bäckergefell Carl G. Schill mit 3 Jahren Zuchthaus.

Bermischtes.

— Eine interessante Entdeckung ist jetzt in Paris gemacht worden. Man hat bekanntlich schon seit längerer Zeit ein Instrument im Gebrauch, mittelst dessen man genau die verschiedenen Pulsschläge erkennen kann. Jetzt ist nun der Professor Marey vom Collège de France durch vielfache Versuche dahin gekommen, zu entdecken, daß das Herz bei Menschen wie Thieren in Vergiftungsfällen eine abweichende, und zwar je nach den verschiedenen Giften bestimmte Art und Weise zu schlagen annimmt. Die Folgen dieser Entdeckung sind sehr bedeutend: Man vermuthet ein Verbrechen, man stößt einem Thiere (bisher hat man gewöhnlich Frösche zu diesen Versuchen genommen) etwas aus der Magensubstanz des Todten ein, und mit Hilfe jenes Instrumentes erkennt man die Pulsschläge wie die Convulsionen des Thieres mit allen Unterschieden, welche mit Sicherheit ergeben lassen, ob eine Strychnin-, Arsenik-, Digitalin- oder sonstige Vergiftung vorliegt. — So wird das Verbrechen gewissermaßen sein eigener Ankläger.

— Vor dem Schwurgericht in Erfurt kommt in diesen Tagen ein Criminalfall zur Verhandlung und Entscheidung, der als Curiosum gelten kann. Zwei Arbeitsleute, die vor Jahren sich kennen gelernt hatten, trafen zu Ende des vorigen Jahres zufällig in einem Dorfe wieder zusammen. Die Freude über dies Zusammentreffen war auf beiden Seiten gleich groß. Um ihr Ausdruck zu geben, wurde sofort beschlossen, in einen Beizapfen einzutreten und hier gemeinschaftlich ein Glas Brantwein zu trinken. Aus einem Glase werden aber zwei und noch mehr, die Gemüther regen sich auf, die Unterhaltung wird von Minute zu Minute lebendiger, sie artet in Streit aus und endigt damit, daß beide sich anfasen, gleichzeitig zu Boden fallen, hier einige Minuten fast vollständig ruhig liegen bleiben, dann nacheinander wieder aufstehen und beruhigt das Local

verlassen. Kurze Zeit später wurde aber an der Stelle, wo beide gelegen hatten — das Ohr eines Menschen gefunden, das ganz frisch abgetrennt sein mußte, weil das Blut noch nicht getrocknet war. Der Eigentümer war nicht bekannt, er wurde erst durch Nachfragen ermittelt. Das Komische hierbei ist nun, daß der ehemalige Besitzer bis zu dem Augenblicke, wo ihm das losgetrennte Glied vorgezeigt wurde, keine Ahnung von dem Verluste hatte, und daß erst der Anblick desselben ihn daran erinnerte, daß sein Freund das Ohr auf einen Augenblick im — Munde gehabt hatte. Dieser gute Freund steht nun unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung eines Menschen, durch welche der Verletzte verstümmelt worden ist, ein Verbrechen, das mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren geahndet werden soll.

— In Flaschenfingen hielt kürzlich ein Herr Hauptmann seiner Kompagnie eine eben so kräftige als originelle Standrede wegen der der Kompagnie mangelnden Proprietät: „Himmel Donnerwetter, wie seht Ihr K. . . . aus, wie die Schweine. Wenn ich ein reicher Mann wäre, würde ich den Fürsten bitten, mir tausend Schweine zu schenken, und Ihr K. . . . müßtet sie alle Morgen reinigen, damit Ihr Euch an Ordnung gewöhnet, jeder fünfzig, aber mit der Zunge müßt Ihr sie rein lecken.“

Literarisches.

Im Verlage von J. Engelhorn in Stuttgart erschien seit dem Jahre 1862 in monatlichen Lieferungen die Gewerbehalle, ein Organ für den Fortschritt in allen Zweigen der Kunst-Industrie, unter Redaction des Prof. Bäumer und Zeichner Schnorr. — Gewiß haben die bisherigen Abonnenten die Wahrnehmung gemacht, wie sehr die „Gewerbehalle“ von Jahr zu Jahr ebenso an Reichhaltigkeit und Schönheit der Ausstattung, als an Gebiegenheit des Inhalts gewonnen hat und zu einer immer angeseheneren Vertreterin deutschen Arbeitsgeistes, zu einem wahren Hebel deutscher Kunst-Industrie geworden ist. — Auf der allgemeinen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung zu Stettin im Jahre 1865 erhielt dieses reich ausgestattete Journal eine ehrenvolle Anerkennung, und mit vollem Rechte, denn dieses Blatt umfaßt und behandelt in höchst sauberen Zeichnungen, meist in natürlicher Größe, und Text die Arbeiten des Tischlers, Zimmermanns, Schlossers, Stein- und Bildhauers, Stukkators, Vergolders, Uhrmachers, Juweliers, Malers; bringt Ornamente für Dekorateur, Plafonds, Wände; Bedeckung der Fußböden, Vorhänge, Metallarbeiten, rhönerne Gefäße, Fayance, Porzellan, Glas, Krystall; Muster für Bijouterie, Leder- und Porzellan-Arbeiten, Weberei, Stickerei etc. Ferner findet man Ornamente und Motive in allen Stylen als Ideen-Magazin zu eigenen Entwürfen; auch werden erprobte Arbeits-Maschinen und neue Erfindungen abgebildet und beschrieben. — Außerdem erdöhen Aufsätze über Styl und Kunst in den Gewerben, über das gewerbliche Zeichnen, Abhandlungen über die in den Gewerben benutzten Rohprodukte, technische Notizen der mannigfaltigsten Art, den Werth der vorzüglichsten Zeitschrift. Wir können den vielen gewerbetreibenden und industriellen Lesern unseres Blattes dieses reichhaltige Prachtwerk zur Anschaffung umsomehr empfehlen, als der Abonnementspreis im Verhältniß zu dem Gebotenen ein sehr niedriger ist, nämlich nur 9 Sgr. pro monatliche Lieferung.

Auflösungen des Räthfels in Nr. 81 d. Bl.:

„Tritt“

sind eingegangen von A. Klitzkowski, Schulvorsteher; Louise Quiring; Joh. Vidder; C. Rehsfeldt; W. Reimann

Meteorologische Beobachtungen.

5	4	333,40	1,4	NW. stürmisch, durchbr.
6	8	333,96	0,8	WS. flau, bedekt.
	12	333,16	3,6	WSW. mäßig, bewölkt.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angelommen am 5. April:

Smith, Union Grove, v. Aberdeen; Findlayson, Janet; u. Watson, Margaret, v. Dysart; Stell, Cecronia, v. Limekiln; Cronsfeld, Countess of Seapield, v. Newcastle; Spall, Prince of Wales, v. Grangemouth, sämtlich m. Kohlen. Eaten, Sophia, v. Newcastle, m. Gütern. — Ferner 2 Schiffe m. Ballast.

Angelommen am 6. April.

Kelt, Lord Kollo; u. Stöwer, Heymath, v. Dysart; Schmidt, Amalia, v. Newcastle; Mc. Culloch, Maggie Melene, v. Inverkeithing; Bayne, Baynes, v. Alnoa; Dunker, Margarethe, v. Burntisland, sämtl. m. Kohlen. Doyen, Minerva; u. Peel, Claudius, v. London, mit Cement. Follers, Fodelina Emmelina, v. Newcastle, m. Gütern. Smith, Ena Elisabeth, v. Keith, mit Theer. Roberts, Elisabeth Thomas, v. Port Madoc, m. Schiefer. — Ferner 3 Schiffe m. Ballast.

Auf der Rhede:

Sievertsen, Aradna, v. Stadanger, m. Heeringen.

Retournirt: Bengien, Bertha.

Ankommend: 21 Schiffe.

Wind: West.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 6. April.

Weizen, 260 Ektl, 126.27 — 135 Pfd. fl. 590 — 660; 115.22 Pfd. fl. 490 — 535 pr. 85 Pfd. Weiße Erbsen, fl. 360 pr. 90 Pfd.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 8. bis incl. 5. April:

149½ Ektl Weizen. — Wasserstand 9 Fuß 3 Zoll.

Englisches Haus:

Rittergutsbes. Steffens a. Mittel-Golmlau. Rfm. Mitta a. Barmen.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Kettner n. Gätlin a. Stettin, Eide-mann a. Berlin, Wilhelm a. Suhl u. Girischfeld a. Thorn.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Kaufl. Pauly, Scheer und v. Fietz a. Berlin, Decker u. Richter a. Königsberg u. Neber a. Stüttgart.

Waller's Hotel:

Landrath v. Jordan u. Kreisrichter Schmiedel aus Neustadt. Die Gutsbes. Ostrowski u. Kettelstki a. Zug-dam. Administrator Engler a. Dalwin. Delonom Kettelstki a. Schwanenland.

Hotel du Nord:

Prem.-Lieut. v. u. z. Schachten a. Pr.-Stargardt. Rgl. Kreis-Sekretair Ring a. Elbing. Die Kaufl. Eisen-städt a. Stuhm, Weigel und Sawagly a. Rosenbergr. Frau Rentierin Bürger n. Sohn a. Bromberg.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. v. Gowiastly n. Sohn a. Mersinke. Gutsbes. Dredmeyer a. Grebin. Oberlehrer Kirchner u. Dr. phil. Kanter a. Posen. Architekt Löfener a. Berlin. Die Kaufleute Reimann a. Frankfurt, Lindenbergr a. Halle a. S. u. Baumann a. Schönebeck.

Hotel d'Olova:

Rittergutsbes. Stadelmann a. Breslau. Die Kaufleute Jakob a. Berlin, Samter a. Sonnenberg u. Quinsberg a. Witten. Candidat Beyrent a. Königsberg. Inspeltor Hübner a. Gurzen.

Die Erneuerung der Loose zur 4. Klasse 135. Lotterie, welche spätestens am 15. d. M. erfolgen muß, erlaube mir hierdurch in Erinnerung zu bringen.

H. Rotzoll.

König Wilhelm-Lotterie-Loose, Ziehung im Juni dieses Jahres,

sind zu haben bei Edwin Groening.

Tertial-Risten für die Herren Geistlichen sind vorrätzig bei Edwin Groening.

Einem geehrten Publikum mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich das Etablissement genannt „Schahnasjans-Garten“ käuflich übernommen habe; der nothwendigen Einrichtungen wegen dasselbe jedoch von Sonntag, den 7. d. Mts., geschlossen sein wird und ich dessen Wieder-Eröffnung seiner Zeit bekannt machen werde. Danzig, den 5. April 1867.

S. à Porta.

Asphaltirte Dachpappen,

deren Feuer-Sicherheit von der Königlichen Regierung zu Danzig erprobt worden, in Längen und Tafeln, in verschiedenen Stärken, sowie

Rohpappen und Buchbinder-Pappen

in vorzüglicher Qualität, empfiehlt die Fabrik von Schottler & Co. in Lappin bei Danzig, welche auch das Eindecken der Dächer übernimmt.

Bestellungen werden angenommen durch die Haupt-Niederlage in Danzig bei Herrmann Pape, Buttermarkt 40.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik Langgasse Nr. 77,

empfeht die Fabrikate der Straf-Anstalt und eigenes Fabrikat in allen Sorten:

en gros

Schuhe und Stiefel

en detail

für Herren, Damen und Kinder. Preise billigt laut Preis-Courant.

Bestellungen werden in 24 Stunden ausgeführt; ebenso alle Reparaturen.

Sohlen und Absätze für Knaben 15 und 17½ Jhr.

Sohlen und Absätze für Herren 22½ Jhr.

Besonders empfehle ich:

Knabenstiefel mit Schäften und Gummizug von 1 Jhr 10 Jhr bis

1 Jhr 25 Jhr

Größtes Lager Petersburger und anderer Gummischuhe.

Max Landsberg,

Langgasse Nr. 77.



Das seit 20 Jahren bestehende concessionirte Auswanderungs-Bureau von Louis Knorr & Co. in Hamburg

bietet Gelegenheit für Auswanderer direct nach

New-York

pr. Dampfschiff, jede Woche, Sonnabends,

= Segelschiff, am 1. und 15. jeden Monats,

Quebec am 1. u. 15. April, 1. u. 15. Mai, 1. u. 15. Juni, 1. u. 15. Juli,

New-Orleans am 1. und 15. September, 1. October und 1. November,

Dona Francisca u. Blumenau am 10. April, 10. Juni, 10. Aug., 10. Oct.,

Nähere Auskunft ertheilen auf frankirte Briefe Louis Knorr & Co. in Hamburg.

zu den billigsten Passage-Preisen.